Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

54 (4.3.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 54 | **Freitag, den 4. März 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Handelsbank AG. Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt.

*

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburgausschüsse teilt mit, daß Gerüchte über weitere Kürzungen der Beamtengehälter aller tatsächlichen Gründe entbehren.

*

In der Frage der Biersteuer hält das Reichsfinanzministerium an seiner Zusage fest, die Biersteuer bis zum 20. März, soweit sie 22 Reichsmark beträgt, um 7 Reichsmark zu senken.

*

Der deutsche Gesandte hat dem Bundeskanzler Dr. Buresch eine Erklärung der Reichsregierung übergeben, in der Deutschland seine Bereitschaft zu Zugeständnissen für Oesterreichs Ausfuhr nach Deutschland zum Ausdruck bringt.

*

Der deutsche Botschafter von Hoesch ist zu Besprechungen mit der Reichsregierung nach Berlin abgereist.

*

In der Vollversammlung des Völkerbundes erklärte der chinesische Vertreter, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai abgebrochen worden seien. Die Japaner haben aber ihren Vormarsch eingestellt.

*

Der japanische Vormarsch ist nach Schanghaier Meldungen auf der ganzen Linie eingestellt worden. Truppen, die die 20 Kilometer-Zone bereits überschritten hatten, wurden wieder zurückgezogen.

*

Bei den Genfer Verhandlungen Tardieus mit den Vertretern der Kleinen Entente, Oesterreichs und Ungarns stand ein Plan Tardieus zur Debatte, der einen wirtschaftlichen Donaublock Oesterreich-Ungarn-Tschechoslovakei unter Ausschluß Deutschlands bezweckt. Die Reichsregierung hat bisher noch keine amtliche Kenntnis von Tardieus Donaupläneu erhalten.

*

Der Lappoputsch in Finnland kann als zusammengebrochen angesehen werden, da das Hauptgebiet des Aufstandes von regierungstreuen Truppen eingekreist ist. Zu blutigen Zwischenfällen ist es bisher nirgends gekommen.

*

In Rom wurde am Donnerstag das Zusatzabkommen zum deutsch-italienischen Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 31. Oktober unterzeichnet.

*

Reichspräsidentschaftskandidat Hitler sprach in Breslau vor etwa 50 000 Personen.

Die Kandidatenliste

Im Laufe der nächsten Woche werden Reichskanzler Dr. **Brüning**, der Vizekanzler Dr. **Dietrich** und die Minister **Schlange-Schöningen**, **Schiele**, **Treviranus** und **Stegerwald** an verschiedenen Orten für die Wiederwahl Hindenburgs sprechen. Der Reichskanzler spricht am 11. März im Berliner Sportpalast, außerdem wahrscheinlich noch einmal in Breslau.

Nach dem Ablauf der Frist für die Einreichung von Kandidatenvorschlägen ist der **amtliche Stimmzettel** in Druck gegeben worden. Er bringt in der alphabetischen Reihenfolge die Namen der Kandidaten mit folgenden Angaben:

1. Theodor Düsterberg, Oberstleutnant a. D., Halle a. d. S.

2. Paul von Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin.

3. Adolf Hitler, Regierungsrat, Berlin.

4. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg.

5. Adolf Gustav Winter, Betriebsanwalt, Groß-Jena bei Naumburg.

Die Zahl der Wahlberechtigten ist gegen den 14. September 1930, die letzte Reichstagswahl, etwas gestiegen.

*

Der Arbeitsausschuß der Hindenburg-Ausschüsse zur Präsidentenwahl.

T.U. **Berlin**, 3. März. Die vereinigten Hindenburg-Ausschüsse hatten für Donnerstagabend zu einem Presseempfang eingeladen, bei dem der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Landrat a. D. Dr. Gerecke, einige grundsätzliche Ausführungen machte. Er erklärte u. a., die vereinigten Hindenburg-Ausschüsse hätten dem Reichspräsidenten von Hindenburg gelobt, daß sie den Wahlkampf so führen würden, wie es dem hohen Amte und der Persönlichkeit eines Hindenburg entspreche: ritterlich und sachlich. Recht und Pflicht der Ausschüsse sei es jedoch, zahlreichen falschen Behauptungen und Gerüchten entgegenzutreten, die sowohl über die Kandidatur Hindenburg wie über den Hindenburg-Ausschuß im Umlauf seien.

Die Uneinigkeit der Harzburger Front habe in jedem Falle die Aufstellung einer Einheitskandidatur verhindert. Mit Naturnotwendigkeit wäre ohne Hindenburg um die Entscheidung gekämpft worden zwischen den extremen Richtungen und der Ausgang einer solchen Präsidentenwahl hätte uns unter allen Umständen ins Chaos oder in den Bürgerkrieg gestürzt. Hindenburg wollte lieber den Passionsweg persönlicher Angriffe gegen sich gehen und die Herabsetzung seines Namens in Kauf nehmen, als daß er Deutschland sehenden Auges den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten ließ. Das bitterste für Hindenburg sei gewesen, daß man gegen ihn einen Kampfblock Schwarzweißrot eingesetzt habe und daß an der Spitze dieses Kampfblockes ein alter Offizier, der Führer einer Frontsoldatenorganisation, stehe, deren Ehrenmitglied Hindenburg sei und für die sich Hindenburg beim Verbot des Stahlhelms im Rheinland in einer Weise eingesetzt habe, die treu und ritterlich gewesen sei. Man habe völlig vergessen, daß Hindenburg seit 1925 ständig in der stärksten Form versucht habe, eine tragfähige auf breite Mehrheit sich stützende Reichsregierung zustandezubringen. Er habe es sehr schmerzlich empfunden, daß ihm bei seinen Bemühungen immer das Wort „Partei", aber nicht „Vaterland" entgegengeklungen sei.

Wirtschaftlicher Donaublock?

Tardieus Plan eines wirtschaftlichen Donaublocks unter Ausschluß Deutschlands.

T.U. **Genf**, 3. März. Ueber die Verhandlungen, die Tardieu in den letzten Tagen mit den Vertretern der Kleinen Entente, Oesterreich und Ungarn über eine engere wirtschaftliche Verbindung der Donaustaaten geführt hat, wird jetzt bekannt, daß bereits in den letzten Monaten der österreichischen Regierung von französischer Seite wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist, eine finanzielle Hilfe Frankreichs könne für Oesterreich nur in Frage kommen, wenn in absehbarer Zeit eine engere wirtschaftliche Verständigung zwischen Oesterreich, Ungarn, und der Tschechoslowakei zustande gekommen sei. Gleichlautende Erklärungen sollen von französischer Seite der ungarischen Regierung gegeben worden sein. Die französischen Wünsche gehen dahin, zunächst zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslovakei Vereinbarungen auf der Grundlage von Vorzugszöllen herzustellen, die den ersten Schritt für einen weiteren wirtschaftlichen Zusammenschluß dieses Blockes mit den übrigen Mächten der Kleinen Entente und mit Polen bilden soll. Tardieu hat, wie weiter mitgeteilt wird, in Genf in diesem Sinne eingehende Besprechungen mit dem italienischen Außenminister Grandi, dem englischen Außenminister Simon und dem tschechoslovakischen Außenminister Benesch geführt, um sich die Unterstützung der englischen und italienischen Regierung für diese Pläne zu sichern. Nach den französischen Plänen ist ausdrücklich eine Beteiligung Deutschlands an dem wirtschaftlichen Zusammenschluß dieser Staaten ausgeschlossen. Ebenso ist nicht bekannt geworden, daß Tardieu etwa auch mit Vertretern der deutschen Regierung hierüber gesprochen hat. Dagegen soll ausgerechnet von tschechoslovakischer Seite darauf hingewiesen worden sein, daß eine wirtschaftliche Verbindung der Tschechoslovakei mit den Donaustaaten ohne Beteiligung Deutschlands nicht denkbar wäre, da die Tschechoslovakei auf den verschiedensten Gebieten gemeinsame wirtschaftliche Interessen mit Deutschland habe.

Es ist zu erwarten, daß diese Verhandlungen, die von französischer Seite mit großem Nachdruck geführt werden, in nächster Zeit fortgesetzt werden.

*

Die Reichsregierung über Tardieus Donaupläne nicht unterrichtet.

T.U **Berlin**, 3. März. Der deutsche Vertreter auf der Genfer Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, sowie der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, werden am morgigen Freitag in Berlin erwartet, um der Reichsregierung über die inzwischen gepflogenen persönlichen Unterhaltungen, insbesondere mit dem französischen Ministerpräsidenten über die grundsätzlichen Fragen der Abrüstungskonferenz Bericht zu erstatten. Herr von Hoesch wird weiterhin auch über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen berichten. Wie verlautet, ist nicht bekannt, daß der französische Ministerpräsident Tardieu, sei es den deutschen Botschafter in Paris, sei es die deutsche Vertretung in Genf auch über seine Pläne eines wirtschaftlichen Donaubundes zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslovakei unterrichtet hat, obwohl er in Genf nach Nachrichten von dort sowohl den englischen wie auch den italienischen Außenminister darüber ins Bild gesetzt hat. Diese bewußt unterschiedliche Behandlung steht im krassen Gegensatz zu der Tatsache, daß sich Deutschland und Oesterreich seinerzeit beeilt hatten, den Plan einer Zollunion in allen europäischen Hauptstädten gleichzeitig amtlich bekanntzugeben.

Deutsche Antwort auf den Appell Oesterreichs

Wien, 3. März. Bundeskanzler Dr. Buresch hat am 16. Februar wie erinnerlich an die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens den Appell gerichtet, Oesterreich bei seinen Bemühungen zur Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu unterstützen. Der **deutsche Gesandte Dr. Rieth** hat daraufhin heute dem Bundeskanzler im Auftrage der Reichsregierung folgende **Erklärung** abgegeben: Die deutsche Regierung hat von der Erklärung, wonach die österreichische Regierung bereit ist, mit den benachbarten und allen anderen Staaten in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten und auf das wirtschaftliche und finanzielle Entgegenkommen der anderen Staaten rechnet, um über die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise hinwegzukommen, **mit allem Verständnis für die wirtschaftliche Notlage Oesterreichs und mit aller Hilfsbereitschaft Kenntnis genommen. Daß die Hilfsbereitschaft Deutschlands in der Vergangenheit nicht immer im gewünschten Umfang sich hat auswirken können, lag neben anderen Hemmungen vor allem auch in den Auswirkungen des Meistbegünstigungssystems begründet. Wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees und des Völkerbundsrates und die Mitwirkung der anderen Staaten die Möglichkeit eröffnet, Oesterreich Zugeständnisse für seine Ausfuhr, unabhängig von den Folgen der Meistbegünstigung, zu machen, so ist Deutschland dazu bereit. Die deutsche Regierung ist zur Aufnahme alsbaldiger Verhandlungen über Art und den Umfang solcher Zugeständnisse bereit.**

Die deutsche Erklärung an Oesterreich

Berlin, 3. März. Bei der Erklärung, die der deutsche Gesandte in Wien der österreichischen Regierung als Antwort auf ihre Demarche vom 16. Februar heute übermittelt hat, handelt es sich um die **erste Bereitschaftserklärung dieser Art.** Deutschland ist bereit — wie es immer bereit war —, Oesterreich nach Kräften zu helfen, und wenn die Regierung Buresch der Anregung des Völkerbundsrates gefolgt ist, als sie mit allen in Verhandlungen treten wollte, weil sie den Erfolg solcher Verhandlungen als Lebensnotwendigkeit erkannte, so war es eine Selbstverständlichkeit, daß Deutschland diese Bereitschaft auch im vorliegenden Falle kundgab. Sie kann auf verschiedene Weise verwirklicht werden, wenn auch nicht im Wege eines bloßen Wirtschaftsbündnisses der Nachfolgestaaten, sei es in Form einer Zollunion oder eines Präferenzsystems. Wenn aber die übrigen Mächte bereit sind, eine Bevorzugung Oesterreichs, wie anderer notleidender Staaten in Form von Präferenzen zuzulassen, so würde Deutschland, wie es in diesem Zusammenhange wieder betont hat, freudig die Gelegenheit ergreifen, um zu helfen, und es bietet zu diesem Zwecke alsbaldige Verhandlungen an.

Wirtschaftskrieg Polens gegen Danzig?

T.U. **Warschau**, 3. März. Die halbamtliche Iskra-Agentur veröffentlicht eine von zuständiger Seite veranlaßte Erklärung zu dem Abbruch der Kontingentverhandlungen mit Danzig. Darin heißt es, daß „Polen nur der einzige Weg geblieben ist, eine Erledigung dieser Angelegenheit zu suchen, nämlich durch eine Entscheidung des Völkerbundes".

Daraus ist zu folgern, daß Polen nicht mehr gewillt zu sein scheint, mit Danzig weiter zu verhandeln, sondern sich offenbar an den Völkerbund wenden wird. Die Schuld wird natürlich Danzig restlos zugeschoben, „dessen Vertreter auf die polnischen Vorschläge, die Kontingente aufzuheben, augenscheinlich mehr aus politischen Gründen als aus wirtschaftlichen Gründen keine offizielle Antwort gegeben hätte".

Aus dieser Erklärung geht einwandfrei hervor, daß Polen die bisherigen Handels- und Industriekontingente, die Danzig auf Grund des Warschauer Abkommens vom Jahre 1932 rechtmäßig zustehen, nunmehr lediglich als vorübergehende und immer von Danzig „mißbrauchte" Sonderrechte zu bezeichnen beliebt und darauf drängt, die Freie Stadt zur Aufgabe dieser Rechte zu bewegen. Der polnische Vorschlag geht dahin, die bislang Danzig vertragsmäßig zugesicherte wirtschaftliche Autonomie aufzuheben und „die Freie Stadt mit Polen restlos wirtschaftlich zu vereinen". Die polnischen Einfuhrverbote würden automatisch auch Danzig verpflichten und die der Danziger Kaufmannschaft zugebilligten Kontingente würden nach den gleichen Grundsätzen erfolgen, wie sie für die polnischen Firmen durch die Ein- und Ausfuhrzentrale des polnischen Handelsministeriums bestimmt sind.

Reichskurortgesetz gefordert

T.U. **Berlin**, 3. März. Im Reichstag hat am Donnerstag die Fraktion der Deutschen Volkspartei einen Antrag eingebracht, der die Regierung um die Vorlage eines Reichskurortgesetzentwurfes ersucht, der zur Erhaltung eines vorbildlichen deutschen Bäderwesens den Kur- und Badeorten und ihren Heilmitteln Schutz und Sicherung gewährleistet.

Rediskontkreditverlängerung der Reichsbank bestätigt

T.U. **Berlin**, 3. März. Wie die Reichsbank auf Anfrage mitteilt, ist die Bestätigung der Verlängerung des Hundertmillionendollarkredites bis zum 4. Juni durch die B.I.Z. nunmehr auf telephonischem Wege erfolgt. Die Rückzahlung von 10 v. H. der Kreditsumme verteilt sich jedoch entgegen der bisherigen Meldung nicht auf die dreimonatige Frist, sondern erfolgt sofort. — Ueber weitere Rückzahlungen sind vorerst Vereinbarungen noch nicht getroffen worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zusammentritt des Völkerbundes

Der Konflikt im Osten

Genf, 3. März. Die auf Antrag Chinas einberufene außerordentliche Völkerbundsversammlung ist Donnerstag vormittag 11 Uhr vom amtierenden Ratspräsidenten Paul-Boncour eröffnet worden. Aus den gestern von dem Ratspräsidenten und dem in Aussicht genommenen Präsidenten der Versammlung, dem belgischen Außenminister Hymans mit den Vertretern Chinas und Japans geführten Vorbesprechungen ergibt sich, **daß der chinesische Delegationsführer Dr. Yen die Anwendung des Artikels 15 auf die mandschurische Angelegenheit verlange** und daß der japanische Botschafter Matsudeira dem widersprechen wird. Paul-Boncour hat **von dem japanischen Delegierten Zusicherungen über die Beendigung der Feindseligkeiten in Schanghai erlangt.** Die Japaner sprachen die Hoffnung aus, diesem Wunsche entsprechen zu können, übernahmen aber keine formellen Verpflichtungen.

Nach Einsetzung des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten sprach **Paul Boncour** in mehr als einstündiger Rede über das bisherige Verfahren im Völkerbundsrat. Er erwähnte einleitend, daß es sich um die zweite außerordentliche Völkerbundsversammlung handle. Die erste sei erfüllt gewesen von der Zuversicht auf den Eintritt eines europäischen Großstaates. Es seien Schwierigkeiten aufgetreten; aber schließlich sei die Mitarbeit dieses Landes doch für den Völkerbund gesichert worden, eine Mitarbeit, die deshalb besonders wertvoll sei, weil nur auf dem Boden des internationalen Rechts und unter der Aegide des Völkerbundes die großen Konflikte gelöst werden könnten.

Nach dieser Anspielung auf die Rolle Deutschlands im Völkerbund erklärte Paul Boncour sehr ausführlich, wenn auch mit Uebergehung gewisser heikler Umstände die Entwicklung des ostasiatischen Konfliktes und des Verfahrens im Völkerbund. Er nahm indirekt sehr entschieden Stellung gegen Japan, indem er von der Notwendigkeit der Anwendung der Verträge unter voller Berücksichtigung der besonderen Umstände, von Mangel an internationalem Geist, vom Mißverhältnis zwischen dem Appell des Völkerbundes und dem Lärm der Waffen und schließlich von Erklärungen, die durch die Tatsachen dementiert worden seien, sprach. Paul Boncour ging dann auf die in Schanghai im Gang befindliche **Vermittlungsaktion** ein. Die Umstände für eine Beendigung des Streits seien als günstig anzusehen. Er schloß mit einem Appell an die Völkerbundsversammlung und wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt mit großer Spannung auf die Bundesversammlung blicke.

Aus dem Bericht des Vollmachten-Prüfungsausschusses ergibt sich, daß **alle Mitglieder des Völkerbundes an der Versammlung teilnehmen,** mit Ausnahme Argentiniens, der dominikanischen Republik Honduras Nicaraguas und Paraguays. Die Versammlung wählte mit 45 von 47 abgegebenen Stimmen den belgischen Außenminister Homans zum Präsidenten.

In der Nachmittagssitzung der Vollversammlung des Völkerbundes begann der chinesische Vertreter **Yen** seine Ausführungen **mit der aufsehenerregenden Mitteilung, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai abgebrochen worden seien.**

In der Eröffnungssitzung am Vormittag wurden acht Vizepräsidenten gewählt, und zwar die Vertreter Englands, Deutschlands Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Südafrikas, Persiens und Mexikos.

Genf, 3. März. Im Verlauf der **Nachmittagsverhandlung der Völkerbundsversammlung** gab der Vertreter **Chinas eine Note seiner Regierung bekannt,** in der die Bedingungen Japans an China für die Einstellung der Feindseligkeiten mitgeteilt worden sind und die die chinesische Regierung abgelehnt hat. **Nach Ansicht der chinesischen Regierung bedeuten diese Bedingungen die völlige Kapitulation Chinas vor Japan und seien infolgedessen für China unannehmbar. Unter diesen Umständen sei die Fortsetzung der Feindseligkeiten unvermeidbar.**

Schwere chinesische Angriffe gegen Japan

T.U. **Genf**, 3. März. Der chinesische Gesandte Yen hielt in der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes am Donnerstag eine 1½stündige Anklagerede, in der er die schwersten Vorwürfe gegen die japanische Regierung erhob und die gesamte Verantwortung für die Ereignisse im Fernen Osten der japanischen Regierung zuschob.

Der Vertreter Chinas gelangte in seiner Rede zu folgenden Feststellungen:

1) Die Haltung Japans in den letzten Monaten ist eine ununterbrochene Herausforderung des Völkerbundsrates. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß der Völkerbundspakt, insbesondere die im Artikel 10 erwähnten gegenseitigen territorialen Garantien von Japan verletzt seien.

2) Japan weigert sich, den Konflikt einer schiedsgerichtlichen Regelung zu unterbreiten.

3) Japan hat den Kellogg-Pakt und den Neunmächtevertrag gebrochen. In dem Augenblick, wo die Vollversammlung des Völkerbundes zusammentritt, sind Gebiete von der Größe Deutschlands und Frankreichs zusammen mit Waffengewalt besetzt, sind ungeschützte Städte bombardiert, sind 7000 Zivilpersonen den Bombenangriffen zum Opfer gefallen.

Der chinesische Gesandte Yen richtete darauf an die Vollversammlung des Völkerbundes folgende vier Forderungen:

1) Die außerordentliche Vollversammlung muß unverzüglich alle Möglichkeiten einer Regelung des Konfliktes erschöpfen.

2) Die Völkerbundsversammlung muß Einstellung der Feindseligkeiten und Zurückziehung der japanischen Truppen herbeiführen.

3) Der Völkerbundsrat muß feststellen, daß Japan den Völkerbundspakt gebrochen hat.

4) Die Völkerbundsversammlung hat feierlich zu erklären, daß China in keiner Weise für die grausige Folgen der Lage in Schanghai und im Mandschureigebiet verantwortlich ist.

Japans Verteidigung vor der Völkerbundsversammlung. Gegen die Behandlung der Mandschurei-Frage.

T.U. **Genf**, 3. März. Der Londoner japanische Botschafter Matsudeir beantwortete in der Vollversammlung des Völkerbundes in der Donnerstagabendsitzung die große Anklagerede des chinesischen Gesandten Yen. Er begann mit der Mitteilung, daß das japanische Oberkommando die Einstellung der Feindseligkeiten zu 14 Uhr Schanghaier Zeit angekündigt habe. Er entwickelte in einer einstündigen Rede die japanische Politik im Fernen Osten und behandelte die Ursprünge des gegenwärtigen Konfliktes mit China, die bereits in den revolutionären Ereignissen des Jahres 1911 lägen. In den letzten Jahren wären in China ununterbrochen die verschiedensten Militärdiktaturen aufgestellt worden, die sich gegenseitig sehr stark bekämpften. Der chinesische Nationalismus sei schließlich in eine ausgesprochene Fremdenfeindschaft ausgeartet, die sich hauptsächlich gegen Japan richte und zu einem organisierten Boykott und einer hetzerischen Propaganda gegen Japan geführt habe. Der Botschafter stellte sodann die letzten Ereignisse im Fernen Osten als die unvermeidlichen Folgen der japanfeindlichen Bewegung des chinesischen Volkes dar.

Der japanische Botschafter machte sodann die Mitteilung, daß trotz des ergebnislosen Verlaufes der bisherigen Waffenstillstandsverhandlungen eine neue Begegnung zwischen der japanischen und chinesischen Truppenleitung für Freitagvormittag vorgesehen sei und gab sodann die bereits veröffentlichten Waffenstillstandsbedingungen des japanischen Oberkommandos bekannt. Die japanische Regierung habe nicht die Absicht, die gegenwärtige Lage im Sinne politischer oder territorialer Ziele in Schanghai auszunutzen. Die japanische Regierung lehne es aber ab, die mandschurische Frage auf der Vollversammlung des Völkerbundes zur Verhandlung zu stellen. Die japanische Politik in der Mandschurei sei in der Erklärung des japanischen Außenministeriums Joschisawa vom 21. Januar niedergelegt. Die Mandschurei sei der Schlüssel für die Lage im Fernen Osten. Japan habe derartig weitgehende Interessen in der Mandschurei, daß es unmöglich auf eine Aufgabe dieses Gebietes verzichten könne. Die japanische Regierung verfolge keine territorialen Ziele in der Mandschurei und werde sich auch weiter an den Grundsatz der offenen Tür halten. Es sei deshalb nicht weise, in den Völkerbundsverhandlungen die Aussprache über diese Frage zu eröffnen, da hierdurch nur neue Verwirrung und Gefahren entstehen könnten. Der japanische Botschafter schloß mit der Beteuerung, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten zwischen Japan und China zweifellos in kurzer Frist freundschaftlich geregelt werden könnten.

Einstellung der Feindseligkeiten bei Schanghai?

Die Wusungforts von den Japanern genommen

Schanghai, 3. März. Einer amtlichen Mitteilung zufolge haben die japanischen Streitkräfte die Wusungforts eingenommen.

*

Japanische Bedingungen für einen Waffenstillstand

Schanghai, 3. März. Die Bedingungen des japanischen Oberkommandos für eine Waffenruhe, die durch Vermittlung des britischen Gesandten der chinesischen Regierung übergeben worden sind, am letzten Sonntag an Bord des britischen Kreuzers „Kent" unterscheiden sich erheblich von den Bedingungen, die provisorisch vereinbart worden waren. Die japanischen Bedingungen lauten:

Wenn China der Zurückziehung seiner Truppen über die 20 Kilometer-Zone hinaus zustimmt, ist Japan bereit, der Einstellung der Feindseligkeiten nur eine bestimmte Zeit zuzustimmen, während der die Einzelheiten einer endgültigen Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den beiderseitigen Militärstellen festgesetzt werden würden.

Japan fordert, daß während der Einstellung der Feindseligkeiten **eine Konferenz** am „Runden Tisch" zwischen den Chinesen und Japanern abgehalten wird, an der Vertreter neutraler Mächte teilnehmen sollen. Diese Konferenz sei über die Methode entscheidend, nach der beide Seiten ihre Truppen zurückziehen werden, und nach der der status quo in Schanghai und um Schanghai herum wieder hergestellt worden soll. Japan fordert, **daß die chinesischen Truppen zuerst zurückgehen.** Wenn dies geschehen ist, werden die japanischen Streitkräfte sich nach den „Bezirken von Schanghai und Wusung" zurückziehen. Sobald normale Bedingungen bestehen, wird die japanische Armee auch aus diesen Bezirken zurückgezogen werden.

Japan erklärt, daß im Falle der Verletzung dieser Bedingungen durch eine der Parteien die andere Partei ihre Handlungsfreiheit zurückgewinnt.

*

Hauptstadt und Staatsoberhaupt der neuen Mandschurei

London, 3. März. „Times" meldet aus Peking: Die Hauptstadt des neuen autonomen Mandschureistaates wird **Tschangtschun** sein. Der vormalige Kaiser Puji dürfte binnen kurzem zum Staatsoberhaupt erklärt werden.

Die Japaner stellen ihren Vormarsch ein

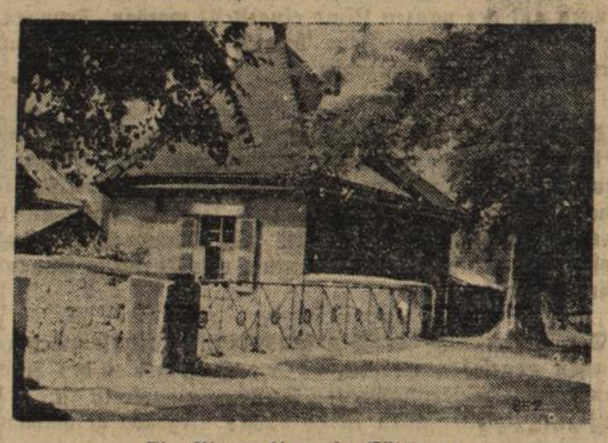
Schanghai, 3. März. Der Oberbefehlshaber der japanischen Seestreitkräfte vor Schanghai, erklärte, das Ziel der Japaner sei erreicht; **er befahl infolgedessen die Einstellung der Feindseligkeiten von 2 Uhr nachts** (7 Uhr früh MEZ.). Der Oberbefehlshaber der japanischen Landtruppen ordnete ebenfalls die Einstellung der Operationen um 2 Uhr nachmittags an. Die Japaner stehen auf der Linie Liuhe-Taintsang-Nasiang-Tschefu.

Die ablehnende Haltung der Chinesen.

T.U. **Schanghai**, 3. März. Die für Donnerstag nachmittag anberaumte Konferenz zwischen den chinesischen und japanischen Vertretern an Bord der „Kent" hat nicht stattgefunden, da die Chinesen eine Teilnahme ablehnten. Sie begründeten diese Ablehnung damit, daß sie nicht an die Aufrichtigkeit der japanischen Versprechungen glauben könnten. Eine vorläufige formelle allgemeine Vermittlungskonferenz zwischen den Vertretern der neutralen Mächte und den chinesischen und japanischen Behörden wird voraussichtlich in den nächsten Tagen abgehalten werden.

Die neue Frontlinie bei Schanghai.

T.U. **Schanghai**, 3. März. Um 14 Uhr Ortszeit wurde der japanische Vormarsch auf der ganzen Linie eingestellt. Die japanische Frontlinie befindet sich nunmehr ungefähr an der Grenze der 20-Kilometer-Zone, d. h. von Liuho im Norden über Taisang und Nanschiang bis Tschenju. Die Truppen, die diese Linie bereits überschritten hatten, wurde wieder zurückgezogen. In vielen Dörfern wurden die durchziehenden japanischen Truppen von chinesischen Scharfschützen beschossen, die gefangen genommen und erschossen wurden. Die chinesischen Truppen eröffneten nach Eintreten des Waffenstillstandes verschiedentlich aus ihren neuen Stellungen hinter Nanschiang das Feuer auf die Japaner, ohne daß diese sich jedoch in einen Kampf einließen.



Ein Bismarckhaus in Göttingen

Am 10. Mai dieses Jahres jährt sich der Tag zum hundertsten Male, an dem Bismarck an der Göttinger Universität immatrikuliert wurde. Aus diesem Anlaß wird das Haus, in dem er seine Studienjahre verbrachte, in seinen historischen Zustand versetzt und als Museum eingerichtet werden.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[47

Elme stand auf, wich ganz in den Schatten des Kamins zurück, sagte:

„Wozu? Ich möchte allein sein. Ich bin froh, daß nun endlich die Komödie, die wir vor den Menschen spielen mußten, ein Ende hat. Ich weiß, daß du die Fürstin Sabofsky liebst, daß du auch die früheren Verhältnisse zwischen Rheinsbergh und Werdenberg anders hingestellt hast. Die Rosen, die wunderbaren roten Rosen sind von der Fürstin. Geh' zu ihr, sie wartet ja."

„Elme, bist du endlich fertig mit all den sinnlosen Anklagen?"

„Sinnlos? Die Fürstin selbst hat es mir gesagt."

„So, hat sie das getan? Nun, ich habe immerhin geglaubt, du würdest vernünftig genug sein — —"

„Vernunft? Ja, ich besitze sie! Denn ich habe nichts gegen deine Liebschaft mit der Fürstin. Viele Frauen gingen diesen Weg in der Ehe. Ich habe es dir freigestellt, unsere Verlobung zu lösen. Du nanntest es eine Laune. Nun sieh zu, wie du mit dem allen fertig wirst. Ich hatte es mir so gedacht, daß ich die meiste Zeit in Werdenberg verbringen werde. Du bist aber wohl so freundlich, mir die Zimmer zu bezeichnen, die die Frau Fürstin dort bewohnt hat. Ich verzichte auf — —"

Ein rascher Schritt. Rheinsbergh stand dicht vor seiner Frau.

„Elme, wer hat behauptet, daß die Fürstin in Werdenberg war?"

„Sie selbst. Denn sie hat mich ja auch in jener Nacht gesehen, als du mich vor dem nassen Tode bewahrtest, wofür ich dir heute nicht einmal Dank weiß."

Rheinsbergh fiel es wie Schuppen von den Augen. Die Glieder der Intrigenkette reihten sich immer lückenloser zusammen. Und die arme kleine Elme hatte sich rettungslos in diesem Gewebe verstrickt.

„Darf ich fragen, Elme, warum du mir das alles heute sagst? Gerade jetzt?" fragte er dann.

Ihre blauen Augen drückten ihm offen Schmerz und Verachtung aus.

„Weil ich unser Verhältnis zueinander klarstellen mußte", sagte sie, und ihre Stimme schwankte.

„Aber warum gerade heute, Kind? Oder hast du gar gedacht, ich würde irgendwelche Rechte an dich geltend machen? Nein, Kind, es ist mir gerade so recht."

„Dann — — wollen wir hier bei mir auch nicht zusammen Tee trinken. Du hast von heute an nicht mehr nötig, dir eine Liebenswürdigkeit gegen mich abzuringen. Ich bin nicht verwöhnt in diesen Dingen."

„Stimmt! Nun, ich bin sehr froh, daß du so vernünftig bist."

Elme schwieg. Wenn er wüßte, wie ihr jetzt zumute war! Wie sie sich am liebsten in seine Arme gestürzt hätte mit dem Rufe: Ich liebe dich, ich liebe dich! Vergiß doch die Fürstin, ich will dir dienen mein Leben lang und will dir mit jedem Atemzug treu sein."

Doch Elme sagte nur trotzig:

„Darf ich dich bitten, mich zu verlassen? Ich bin sehr müde."

„Gewiß, Elme. Ich dachte nur, es wäre der Leute wegen besser, wenn wir eine harmonische Ehe führen nach außen hin. Ich meine, es kann dir doch nicht allzu schwerfallen, den Dienstboten gegenüber die glückliche Gattin zu zeigen?"

„Ich hasse jede Komödie! Ich habe nur immer die Wahrheit geliebt!" sagte Elme verächtlich.

„Ich will nicht zur lächerlichen Figur werden. Vor den Leuten müssen wir uns zwingen, das geht nicht gut anders", sagte er fest.

Da wußte Elme, daß hier immer nur sein Wille herrschen würde.

„Bitte, gib dem Haushofmeister Befehl, den Tee und etwas Gebäck zu bringen. Ich werde mich in den nächsten Tagen dann bestimmt in meine Pflichten einleben", sagte sie, so ruhig es ihr möglich war.

Rheinsbergh sah den Kampf, der in dem jungen Weibe tobte, doch er dachte gar nicht daran, ihr diesen Kampf zu erleichtern. Ganz von selbst mußte sie sich zu ihm zurückfinden, sonst war es wertlos für ihn. Er verachtete die Fürstin, die aus einer unseligen Leidenschaft heraus Elmes Seelenfrieden zerstört hatte.

Aber warum schwand Elmes Vertrauen so schnell? Nun mußte sie den Weg zu ihm finden, er würde ihr keinen Schritt mehr dabei entgegenkommen.

Sein Blick glitt über den gesenkten Blondkopf. Wie lange es ihm möglich sein würde, sich zu beherrschen, war eine andere Frage. Er liebte dieses junge Geschöpf mit der ganzen Kraft seiner reifen, ernsten Männlichkeit. Daß seine Liebe sich eines Tages erfüllen würde, daran glaubte er, denn Elme liebte ihn doch!

Rheinsbergh hatte auf den Knopf der Klingel gedrückt. Sofort erschien der Kastellan.

„Frischen Tee und Gebäck. Und dann geh' zur Ruhe", sagte der Schloßherr freundlich zu dem Alten, der wie ein Bild aus vergangenen Zeiten in seinem Samtrock und den Schnallenschuhen an der Tür stand.

Der Diener ging hinaus, rasch und elastisch. Es konnte niemand ahnen, daß er schon sechsundsiebzig Jahre alt war.

Kurze Zeit darauf stand der Teetisch zierlich gedeckt da. Und Rheinsbergh ermahnte den Alten noch einmal, zur Ruhe zu gehen.

Wie immer klang des Dieners würdevolle Antwort:

„Jawohl, gnädiger Herr."

Und genau wie immer wußte Rheinsbergh, daß der Alte drunten in der Halle warten würde, bis alles im Hause schlief.

Die Gatten waren allein. Das blaue Flämmchen unter der Teemaschine zuckte hin und her. Rheinsberg sprang auf.

„Elme, warum hast du es dir nicht bequem gemacht? Willst du es nicht noch tun?"

„Nein. Ein andermal werde ich gern ein bequemes Hauskleid anziehen, heute muß es so gehen." (Forts. folgt.)